ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kalbitzer, Helmut

Article — Digitized Version

Was hat der deutsche Außenhandel vom Schuman-Plan zu erwarten?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kalbitzer, Helmut (1951) : Was hat der deutsche Außenhandel vom Schuman-Plan zu erwarten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 11, pp. 9-10

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131410

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

reichte so die französische Einfuhr nur 62,2 Mill. ffrs., d. h. rund 1,5 % der entsprechenden Ausfuhr.

Die große französische Sorge im Mittleren Osten ist selbstverständlich das Übergreifen des arabischen Nationalismus auf Tunesien und Marokko. Aus diesem Grunde sieht die französische Diplomatie eine ihrer Hauptaufgaben für die kommende UNO.-Tagung darin, die arabische Klage über die Verhältnisse in Marokko ohne Diskussion abweisen zu lassen. Man beschleunigt ferner die Besprechungen mit Tunis und Rabat über die Ausdehnung der tunesischen und marokkanischen Autonomie. Schließlich rechnet man für Nordafrika mit der britischen Unterstützung und wartet ungeduldig auf den amerikanischen Entschluß, auf weitere Intrigen in Marokko gegen die französische Verwaltung zu verzichten. (-ch)

Was hat der deutsche Außenhandel vom Schuman-Plan zu erwarten?

Mit dieser Einsendung des Bundestagsabgeordneten Helmut Kalbitzer, Hamburg, wird ein Gespräch eröffnet, das wir im Dezember-Heft auf internationaler Ebene fortführen wollen. Das Teilstück einer europäischen Wirtschaftsunion, das der Schuman-Plan darstellen soll, bedingt im Wirtschaftsgefüge der beteiligten Länder Umstellungen und verlangt Opfer, denen der Ausgleich auf anderen Teilgebieten noch fehlt. Infolgedessen ist die Meinung über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung dieses Teilplanes in den verschiedenen Wirtschaftskreisen der verschiedenen Länder sehr geteilt. Der Wirtschaftspolitiker wird ein Studium der oft widersprechenden Argumente begrüßen.

Die Hälfte der benötigten Nahrungs- und industriellen Rohstoffe müssen wir einführen. Die Einfuhrabhängigkeit ist durch die Zerreißung Deutschlands größer als vor dem Krieg und muß durch gesteigerte Ausfuhren bezahlt werden.

Knappe Produkte sind im Außenhandel nur gegen andere knappe Waren oder gegen harte Dollars zu haben. Versuche der „Liberalisierung" haben diese Tatsache nicht überwinden können; ja seit Beginn des Korea-Krieges ist diese Tendenz wieder stärker geworden, weil eine Jagd nach strategischen Rohstoffen einsetzte, die heute begehrter sind als industrielle Fertigwaren.

Die heute üblichen kurzfristigen Handelsabkommen, die die früheren langfristigen Verträge abgelöst haben, bestehen im wesentlichen aus Warenlisten, in denen sich die Partner Lieferzusagen machen, die nach der Knappheit der gegenseitig benötigten Waren ausgetauscht werden: Deutschen Lieferungen von Kohle und Walzwerkserzeugnissen entsprechen Erze, Holz, NE-Metalle, Fett, Zucker, Baumwolle usw.

Der Schuman-Plan sieht vor, daß die „Hohe Behörde" die Verfügungsgewalt über Produktion, Verteilung und Preisgestaltung für Kohle und Eisen hat. Das verpflichtet, die voraussichtlichen Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel zu untersuchen.

Der Plan sieht in der wirtschaftlichen „Normallage" den freien Austausch der Güter vor, ohne Zollhemmungen innerhalb der Mitgliedsstaaten, aber zu den von der „Hohen Behörde" festgelegten Preisen. Diese Preise müssen die Rentabilität der Betriebe des zu beliefernden Gebiets gewährleisten. (Artikel 60 b). Unrentable Betriebe können also nicht totkonkurriert werden, es sei denn, die „Hohe Behörde" gibt dazu die Genehmigung durch niedrigere Preisfestsetzung. Es wird also kein „einheitlicher" Markt hergestellt, wie es in den Entwürfen hieß, sondern ein „gemeinsamer" Markt, wie es im Vertragsentwurf heißt. Die Aufhebung der Zollschranken wird ersetzt durch gebietliche Preisfestsetzungen, Produktions- und Lieferauflagen.

Artikel 59 befaßt sich dagegen mit den „Anomalsituationen", wenn „... innerhalb der Gemeinschaft (für Kohle und Eisen) eine ernstere Mangellage besteht ... so nimmt die „Hohe Behörde" selbst die Verteilung des Aufkommens der Gemeinschaft auf die Mitgliedsstaaten entsprechend dem Verbrauch und den Ausfuhren vor." In einer Lage wie der heutigen verliert Deutschland hierdurch die Verfügungsgewalt über seine handelspolitisch wichtigen Ausfuhrgüter.

Welche Vorteile erhofft man sich andererseits hieraus? Nach Meinung der deutschen Regierung erhalten wir bei einem „Rückgang der Nachfrage", von dem der Artikel 58 handelt, den sicheren Markt der Gemeinschaft für unseren Kohlenabsatz. Denn, so behauptet die Regierung, wie bei der Mangelware erst die Teilnehmer bedacht würden, so seien auch umgekehrt im Überfluß der Absatzkrise diese Länder zur bevorzugten Abnahme der Produktion ihrer Mitglieder verpflichtet. Diese Behauptung findet im Text leider keine Bestätigung. Im Gegenteil, es werden im Art. 58 einschränkende Produktionsquoten festgesetzt und den Nichtmitgliedsstaaten nach Art. 74 ihr Lieferanteil gesichert.

Es besteht also in diesem Falle innerhalb der Gemeinschaft keine Verpflichtung zur Bevorzugung der eigenen Mitglieder gegenüber der Konkurrenz von Nichtteilnehmerländern. Wäre es anders, könnte man auch kaum erwarten, daß England sich dem Vertrag gegenüber so gleichgültig verhielte.

Die „Normallage" ist in den letzten Jahrzehnten die Ausnahme, die im Vertrag als Ausnahmen behandelten Mangel- und Überflußsituationen sind die üblichen gewesen. Der Vertrag enthält keine Möglichkeit, die „Normallage", die durch ein ausreichendes Angebot ohne krisenhafte Absatzschwierigkeiten gekennzeichnet ist, als Dauerzustand herzustellen. Ohne wirtschaftliche Gesamtplanungen der beteiligten Länder und der gegenseitigen Abstimmung dieser Pläne kann natürlich nicht eine Harmonie von Angebot und Nachfrage auf einer optimalen Produktionshöhe zustandekommen.

Deutschlands Weltmarktabhängigkeit macht eine autonome Konjunkturpolitik, falls sie notwendig werden sollte, besonders schwierig. Nur dauernde wesentliche Ausfuhrüberschüsse ergäben genügend Bewegungsfreiheit für eine selbständige Politik auf diesem Gebiet. Der Schuman-Plan behindert eine Exporterweiterung unserer Wirtschaft, weil diese in der Ausfuhr von Fertigprodukten bestehen müßte, während dieser Plan die Ausfuhr des wichtigsten Rohstoffes fördert und damit die Eigenverarbeitung gefährdet.

Man könnte sich über die ungleichmäßige Behandlung der Mangel- und Überflußsituation trösten, wenn alle Beteiligten gleichmäßig betroffen würden. Hier zeigt sich aber die taktische Ungleichheit der wirtschaftlichen Positionen der Teilnehmer, die durch die formale

Gleichberechtigung der Beteiligten nur verbrämt wird: Für Kohle, dem dauernd knappsten Rohstoff, ist Deutschland allein der Lieferant, während die anderen ihre nicht ausreichende Produktion durch Importe aus Deutschland ergänzen. Bei Entscheidungen über die Kohle steht die eine Stimme des Lieferanten den fünf Stimmen der Käufer gegenüber. Deutschland ist nicht durch Böswilligkeit der Partner, sondern durch Interessengegensatz isoliert, der durch keine Vertragsbestimmung gemildert ist.

Anders ist es beim Eisen. Hier ist Deutschland durch seine als Kriegsfolge bedingte technische Rückständigkeit gegenüber den anderen benachteiligt — und kann diesen Nachteil nur mit Zustimmung der „Hohen Behörde" überwinden, während Frankreichs Eisenindustrie durch Monnetplan und Marshall-Plan-Hilfe ihre Kapazität gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt hat, ohne die nötige eigene Kohlenbasis zu besitzen. Für Eisen ist Deutschland nicht vorwiegend Lieferant, sondern Konkurrent, dessen einzige Chance — die bessere Kohlenbasis — genommen wird, ohne sein Handicap — die technische Rückständigkeit — ebenfalls zu beseitigen. In Hinblick darauf muß man feststellen: Der von Monnet mit ausgearbeitete Schuman-Plan ist die Rettung des französischen Monnet-Planes. Er gibt den von Monnet geplanten französischen Hochöfen und Walzwerken die fehlende Kohle und er sichert den Erhalt ihres technischen Vorsprungs. Der Schuman-Plan enthält leider keinen einzigen Hinweis darauf, daß die „Hohe Behörde" den Nachholbedarf der deutschen Eisenindustrie anerkennen wird.

Die wirtschaftliche Teilunion des Schuman-Plans umfaßt mit Kohle und Eisen die Produkte, für die der vorgesehene „gemeinsame Markt" ein Opfer für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Um eine faktische, die Interessen aller Beteiligten berücksichtigende Gleichheit herzustellen, müßte eine Wirtschaftsunion weiter gespannt sein. Auch die für Deutschland und andere Partner interessanten Exporterzeugnisse, wie Elektroartikel, Maschinen und Chemikalien müßten die Vorteile eines gemeinsamen Marktes mitgenießen, um die Warenbilanz unserer Ausfuhr im Gleichgewicht zu halten.

Persönlichkeit und Verantwortung

Im Laufe der Sozialgeschichte hat die Stellung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft manche Wandlung erfahren, aber keine Ideologie hat es vermocht und wird es vermögen, Begriff und Bewußtheit der Persönlichkeit im Gesellschaftssystem des abendländischen Kulturkreises auszulöschen. Die Persönlichkeit ist im Bereich aller sozialen Schichten lebendig geblieben und hat mit der zunehmenden Abwendung des modernen abendländischen Sozialismus von einer mechanistischen Gesellschaftsauffassung ihre Stellung gefestigt und neu belebt. Die Erkenntnis dessen ist für die Gestaltung einer den wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen der Menschen im modernen Industriestaat entsprechenden Gesellschaftsordnung von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Persönlichkeit, die im Rahmen einer künftigen Wirtschafts- und Sozialordnung neues Leben gewinnen muß, ist aber ebenso wenig das beziehungslose Subjekt eines schrankenlosen Individualismus wie sie das Produkt einer namenlosen Umwelt sein kann. Sie ist ein funktionelles Glied innerhalb der sozialen Gemeinschaft, in der sie nach Maßgabe ihrer Kräfte und ihres Vermögens gestaltet und für das Gestaltete die Verantwortung übernimmt. Durch diese funktionelle Eingliederung erfährt der Einzelne eine Bindung zur Gesellschaft, die ihm die Voraussetzungen zur Entfaltung seiner Kräfte schafft.

Die Stärkung der Persönlichkeit muß ihren Ausdruck in einer Erhöhung der Verantwortung innerhalb ihres unmittelbaren Lebensbereichs finden, und dieser erhöhten Verantwortung muß eine verstärkte Bereitschaft zur Rechenschaftslegung entsprechen. Diese verstärkte Rechenschaftslegung bedeutet keine Einschränkung der persönlichen Initiative, sondern ist das notwendige Korrektiv zur Freiheit des persönlichen Handelns, die durch erhöhte Verantwortung gefördert wird. So wie in der modernen Unternehmerschaft die Verpflichtung gegenüber der sozialen Gemeinschaft lebendig ist und anerkannt wird, so zeigt sich in der qualifizierten Arbeiterschaft Bereitwilligkeit zur Übernahme größerer Verantwortung und Aufgeschlossenheit für das Verständnis wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Diese Tatsache dürfte die brauchbarste Basis für alle Gespräche über einen sozialen Ausgleich abgeben. (sk)

Dr. Hans Köhler, Hamburg

Über den Sinn der Public Relations

Nur zaghaft äußerte sich bei uns das Problem, das mit den beiden Worten Public Relations verbunden wird, wie so vieles, das nach Kriegsende aus einem ganz anderen Aspekt auf uns einwirken wollte. Je mehr sich aber unsere Beziehungen zur übrigen Welt ausweiteten, erfaßten wir die Bedeutung dieses Problems auch für unsere Absichten insbesondere auf dem Gebiete des Außenhandels. Und heute bemühen wir uns ernstlich darum, das, was Public Relations genannt wird, auch innerhalb unseres Lebensbereichs zu verwirklichen.

Aber unsere Einsichten leiten sich noch zu sehr aus einem mehr Unbewußten ab. Das Gefühl läßt uns in unzulänglichen Vorstellungen erahnen, worauf es ankommt. Damit aber können wir die Dinge in der Realität nicht gestalten; das ist erst möglich, wenn es uns gelingt, das Problem auch aus dem Rationalen begrifflich abzugrenzen, wovon wir, vor allem in unserem Schrifttum, noch weit entfernt sind: Es fehlt uns noch das aus der Blickrichtung eines mehr Wissenschaftlichen genügend umschriebene Postulat.

Kein Streit um Worte

Wieder wird der Weg zu einer solchen Erkenntnis oft durch die „Herrschaft des Wortes" versperrt. Wir haben auf der Linie des Rationalen zumeist damit begonnen, die Worte Public Relations deutsch zu übersetzen, und dabei übersehen, daß darin kein vordringliches Problem liegt. Es ist minder wichtig, ob wir von Kontaktpflege oder weiter von Public Relations